Deutscher Bundestag **Drucksache 16/1874**
16. Wahlperiode 20. 06. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/750, 16/1324, 16/1325, 16/1326, 16/1348 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Haushalt 2006 wird die Widersprüchlichkeit der Koalition in der Haushaltspolitik dokumentiert. Gemäß der Koalitionsvereinbarung wollten Union und SPD einen anderen Weg in der Haushaltspolitik gehen, als dies bei Rot-Grün der Fall war. Die Konsolidierungspolitik sollte im Vordergrund stehen. Hier versagt die Koalition mit einer Neuverschuldung von rd. 38,2 Mrd. Euro auf ganzer Linie. Höhere Steuereinnahmen und ein höherer Bundesbankgewinn gegenüber dem Jahr 2005 sowie eine deutlich verbesserte wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Situation müssten zu einer deutlichen Reduzierung der Neuverschuldung führen.

Der erste rot-schwarze Haushalt 2006 schafft nach sieben Jahren rot-grüner Haushaltspolitik keine Wende. Er ist ein Produkt, das einer Großen Koalition unwürdig ist und für 2006 keine Perspektive aufzeigt. Beispiellos ist dabei die Abkehr der Union von ihren Forderungen und Aussagen vergangener Jahre. Ob

Verschuldungsproblematik, Vermögensverzehr, Forderungsverkäufe (Postpensionsdeal): die Union macht das Gegenteil von dem, was sie noch bei den letzten Haushaltsberatungen angeprangert hat.

Dabei könnten die Verschuldung unter Berücksichtigung neu zu treffender politischer Grundsatzentscheidungen um mehr als 14 Mrd. Euro zurückgeführt sowie das Staatsdefizit nach vier Jahren erstmals wieder eingehalten und deutlich unterschritten werden.

Das Konzept der FDP sieht hierzu die Umsetzung des in rd. 500 Anträgen erarbeiteten „Liberalen Sparbuchs" mit einem Entlastungsvolumen von mehr als 8,3 Mrd. Euro sowie die Rücknahme der Genshagener Beschlüsse und damit des schuldenfinanzierten 25-Mrd.-Euro-Ausgabenprogramms vor.

Jedoch ist der politische Wille zur Konsolidierung des Haushalts 2006 nicht vorhanden. Es fehlt eine sinnstiftende Vision in der Finanzpolitik. Noch am Ende des Jahres 2005 sind eine Reihe von Subventionen gestrichen worden, um dann im Jahr 2006 mit einem schuldenfinanzierten 25-Mrd.-Euro-Ausgabenprogramm neue Ausgaben und Steuersubventionen zu beschließen. Begründet werden dies und die damit einhergehende höhere Neuverschuldung mit dem Verweis, den Aufschwung in Deutschland nicht „kaputtsparen" zu wollen. Dabei zeigt sich die Widersinnigkeit politischen Handelns gerade in diesem Kontext.

Mit einem schuldenfinanzierten 25-Mrd.-Euro-Ausgabenprogramm auf Wachstumsimpulse zu setzen und den Aufschwung gleichzeitig nicht „kaputtsparen" zu wollen, ist eine irreführende Leerformel. Sie suggeriert, ein Wirtschaftsaufschwung könne nur durch staatliche Ausgabenprogramme erreicht werden, während die Haushaltskonsolidierung hingegen einen wirtschaftlichen Abschwung verursache.

Ein in sich schlüssiges, der ökonomischen Vernunft gehorchendes, finanz- und wirtschaftspolitisches Konzept ist nicht zu erkennen. Für den Haushalt 2006 bleibt festzuhalten:

1. Der Haushalt 2006 zementiert den Weg in die Schuldenfalle. Mit 38,2 Mrd. Euro liegt die Neuverschuldung im Jahr 2006 um 7 Mrd. Euro höher als beim Haushaltsabschluss 2005. Dies ist ein Armutszeugnis und keine Erfolgsstory angesichts wesentlich verbesserter gesamtwirtschaftlicher Eckdaten und Einnahmeerlösen von 17 Mrd. Euro aufgrund von Einmaleffekten.

2. Der Bundeshaushalt 2006 dokumentiert die Kraft- und Mutlosigkeit der Bundesregierung hinsichtlich der Beseitigung der Haushaltsprobleme. Anstelle eines nachhaltigen Konsolidierungspakets beschließt sie ein 25-Mrd.-Euro-Ausgabenprogramm und verschärft damit sowohl in 2006 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung die Haushaltssituation.

3. Der Bundeshaushalt 2006 ist verfassungswidrig und setzt absichtsvoll den Verfassungsbruch der letzten vier Jahre fort. Angesichts einer konjunkturellen Erholung und eines erwarteten Wirtschaftswachstums von 1,6 Prozent (Bundesregierung) kann der Verfassungsbruch nicht mit einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gerechtfertigt werden. Die Ausnahmeregelung des Artikels 115 des Grundgesetzes (GG) wird zur Regel unter SPD-Finanzministern.

4. Die Bundesregierung legt zum fünften Mal einen Haushalt vor, der in erheblichem Maße zu einem erneuten Verstoß Deutschlands gegen die Maastricht-Kriterien beiträgt, obwohl bei steigenden Steuereinnahmen die Lücke durch entschlossene Sparanstrengungen ohne weiteres zu schließen wäre.

5. Trotz vollmundiger Sparversprechungen steigen die Bundesausgaben im Zeitraum 2006 bis 2009 von 261,6 Mrd. Euro um 13,7 Mrd. Euro auf 275,3 Mrd. Euro an. Von einem Sparhaushalt kann keine Rede sein.

6. Es besteht ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Schuldenreduzierung und den Steuereinnahmen. Von 2006 bis 2009 soll die Neuverschuldung um 18,3 Mrd. Euro sinken, die Steuereinnahmen steigen jedoch um 28,8 Mrd. Euro. Die Ausgabendynamik ist weiterhin ungebremst.
7. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts hat die Bundesregierung völlig aus den Augen verloren. Die Schuldenlast, die unsere Kinder und Enkel zu tragen haben, steigt weiter an.
8. Der Investitionsverfall findet in der mittelfristigen Finanzplanung seine Fortsetzung. Die Investitonsquote sinkt von 8,9 Prozent auf 8,5 Prozent im Jahr 2009.

Die Koalition der Regierungsfraktionen der CDU/CSU und SPD verkennt, dass eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen kein Selbstzweck sind; Konsolidierung ist ein Programm für die Zukunftsfähigkeit eines Staates. Hierzu wie zur Beseitigung der strukturellen Wachstums- und Beschäftigungsprobleme leistet der Haushalt 2006 keinen positiven Beitrag.

Entscheidend ist eine Doppelstrategie aus Konsolidieren und Reformieren, um die dringend benötigten konjunkturellen Impulse zu setzen und Deutschland auf einen dauerhaft höheren Wachstumspfad zu führen. Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte ist eine Bedingung für mehr Wachstum. Jedoch ohne mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führen sämtliche Konsolidierungsbemühungen in eine Sackgasse. Daher darf mit dem Haushalt 2006 kein weiteres Jahr verschenkt werden.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. Umsetzung des „Liberalen Sparbuchs“ mit einem Entlastungsvolumen von mehr als 8,3 Mrd. Euro;
2. Rücknahme der Genshagener Beschlüsse und damit des schuldenfinanzierten 25-Mrd.-Euro-Ausgabenprogramms (4 Jahre).

Berlin, den 19. Juni 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333